



Harte Verhandlungen zu erwarten

Am 4. Februar beginnen in Potsdam die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. GdP, GEW und ver.di wollen dort gemeinsam mit der Tarifunion des Deutschen Beamtenbundes eine Tarifierhöhung von fünf Prozent durchsetzen, verteilt auf einen Sockelbetrag von 50 Euro sowie eine zusätzliche prozentuale Erhöhung von drei Prozent. Bei der Polizei soll der Tarifabschluss nicht nur für die 5500 Tarifbeschäftigten in NRW gelten, sondern auch auf die 39 000 Polizistinnen und Polizisten übertragen werden. Doch zuvor müssen die Gewerkschaften erst eine harte Tarifrunde bestehen.

Noch hat die Tarifrunde 2011 nicht begonnen, noch liegt ein konkretes Angebot der Arbeitgeber nicht auf dem Tisch. Aber die Rituale, mit denen auch in diesem Jahr die Verhandlungsführer der Länder, allen voran Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), über Zeitungsinterviews die Tarifrunde vorbereitet haben, lässt nichts Gutes ahnen. Es werde zwar keine Nullrunde geben, aber die Einkommen der Beschäftigten könnten allenfalls geringfügig steigen, ließ beispielsweise Hartmut Möllring verbreiten. Ein Ritual, das es so oder ähnlich auch in früheren Tarifrunden gegeben hat. Auch die Argumente der Arbeitgeber kommen einem bekannt vor: Der Staat sei pleite und könne sich höhere Ausgaben nicht leisten, heißt es wieder einmal. Und: die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst seien sicher. Die Fakten sehen anders aus.

Ganze 7,4 Prozent des Brutto sozialproduktes geben Bund, Länder und Gemeinden für Personalkosten aus. Das ist der geringste Personalkostenanteil innerhalb der gesamten EU. Auch beim Beschäftigungsanteil des öffentlichen Dienstes liegt Deutschland mit gerade einmal 12,4 Prozent auf dem letzten Platz in Europa. Dass der öffentliche Dienst längst seinen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen geleistet hat, zeigt auch eine andere Zahl: Seit 1991 sind im öffentlichen Dienst 1,7 Millionen Stellen abgebaut worden – ohne Post und Bahn.

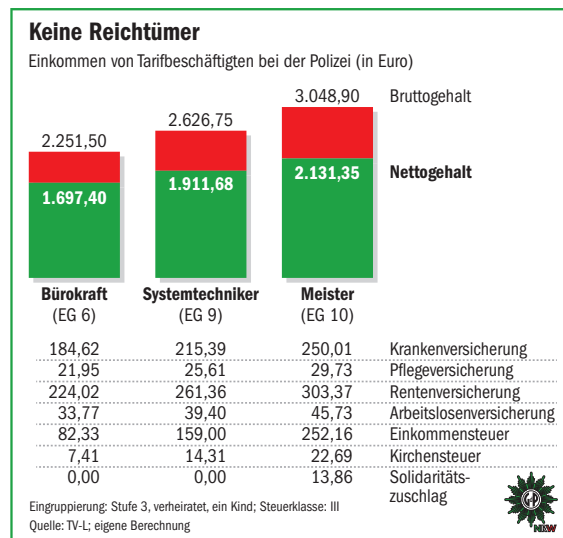
Auch in NRW hat es in den vergangenen Jahren einen deutlichen Stellenabbau gegeben. Während der Amtszeit der schwarz/gelben

Landesregierung wurden allein bei der Polizei im Tarifbereich mehr als 400 Stellen gestrichen. Die neue Landesregierung hat zwar angekündigt, dass die Zeit

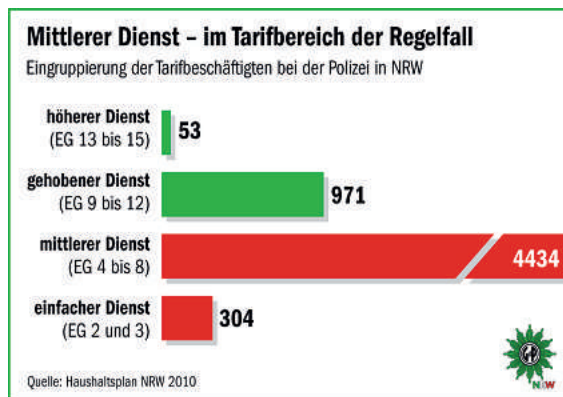
des hemmungslosen Personalabbaus im öffentlichen Dienst in NRW vorbei sei, aber wirklich sicher sind die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst damit noch nicht, denn die neue rot/grüne Landesregierung ist auf die Unterstützung der anderen Fraktionen angewiesen, wenn sie die Stellen im Haushalt absichern will.

Hinzu kommt, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch bei den Einkommen alles andere als auf Rosen gebettet sind. 4434 der 5763 Tarifbeschäftigten bei der Polizei in NRW gehören dem mittleren Dienst an, 304 sogar dem einfachen Dienst. Bis zur Entgeltgruppe 9 liegt ihr Einkommen gerade einmal bei 1900 Euro netto (Grafik). „Dass der Staat sparen muss, ist bekannt. Aber das zentrale Problem der Länder sind nicht die angeblich zu hohen Personalkosten im öffentlichen Dienst, sondern in NRW sind es die Belastungen aus dem WestLB-Desaster und die Folgen einer verfehlten Steuerpolitik, die zu klammen Kassen geführt haben“, betont GdP-Tarifvorstand Brigitte Herrschaft. „Wenn Bund und Länder das Problem der Staatsverschuldung wirklich lösen wollen, müssen sie diejenigen stärker belasten, die in den vergangenen Jahren massiv bei den Steuern entlastet worden sind, statt die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu schröpfen.“

Eine deutliche Einkommenserhöhung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hält Herrschaft auch deshalb für notwendig, weil deren Einkommen im Vergleich zur Privatwirtschaft in



Der Großteil der Tarifbeschäftigten bei der Polizei muss mit Nettoeinkommen von weniger als 2000 Euro im Monat klarkommen. Das gilt selbst für qualifizierte Fachkräfte.



Im Vergleich zu den Beamten sind Tarifbeschäftigte bei der Polizei oft niedrig eingestuft. Mehr als zwei Drittel gehören dem mittleren oder sogar dem einfachen Dienst an.

→ Seite 2



Auf uns kommt es an

Fünf Prozent wollen die Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen mit den Ländern durchsetzen, verteilt auf einen Sockel von 50 Euro und eine prozentuale Erhöhung von drei Prozent. Wäre es nach den GdP-Vertretern gegangen, die an der Beschlussfassung über die Tarifforderung der ÖD-Gewerkschaften beteiligt waren, wäre die Forderung höher ausgefallen.

„Für diese Forderung kriege ich niemanden auf die Straße“, ist jetzt aus einzelnen Kreisgruppen zu hören. Die Reaktion ist auf den ersten Blick verständlich. Aber sie ist falsch. Sie ist falsch, weil über die Tarifforderung auch von den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit entschieden wird. Und von ihrer Einschätzung, was politisch durchsetzbar ist. Denn es macht keinen Sinn, eine Tarifforderung aufzustellen, von der ich am Ende kaum etwas durchsetzen kann. Sie ist falsch, weil sie den Arbeitgebern in die Hände spielt. Denn nichts macht auf die Politik mehr Eindruck wie öffentlicher Druck. Gerade in einem Wahljahr. Und sie ist falsch, weil 2011 erst der Anfang ist. Weil der Druck, die Personalausgaben der öffentlichen Hand weiter zu senken, um die neue Schuldengrenze des Grundgesetzes einzuhalten, in den kommenden Jahren noch massiv wachsen wird. Deshalb kommt es auf uns an. Es kommt darauf an, dass wir, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, gemeinsam Druck machen. Denn nur dann werden wir verhindern können, dass wir es sind, denen in den kommenden Jahren weitere Sonderopfer zur Sanierung der Staatsfinanzen aufgelastet werden.

Tariffpolitik ist kein Wunschkonzert im Himmel, sondern harte Arbeit. Sie ist nur dann erfolgreich, wenn wir den Kampf auch aufnehmen. Nicht nur die Funktionäre, sondern jedes einzelne Mitglied.

Frank Richter



Fortsetzung von Seite 1

den vergangenen Jahren weiter gesunken sind. „Wird diese Entwicklung nicht gestoppt, wird es dem öffentlichen Dienst nicht gelingen, aus der zurückgehenden Zahl der Schulabgänger genug gut qualifizierte Berufseinsteiger für sich zu gewinnen. Den Schaden hätten dann alle, weil dadurch die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Deinstes gefährdet wird“, warnt Herrschaft.

Selbst konservative Ökonomen geben inzwischen zu, dass ein gut funktionierender öffentlicher Dienst ein wichtiger Standortfaktor ist. Nicht von ungefähr ist deshalb die Zeit der ungebremsten Privatisierung vorbei. „Wer diese Botschaft Ernst nimmt, kann nicht gleichzeitig für Dumpinglöhne plädieren, sondern muss auch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst faire Einkommen zugestehen“, sagt Herrschaft.

Ob die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Mitglieder während der Tarifrunde 2011 zu Demonstrationen und Arbeitskampfmaßnahmen aufrufen werden, entscheidet sich erst nach der ersten Verhandlungsrunde am 4. Februar. „Aber wir müssen darauf vorbereitet sein, weil die Politik nur auf Druck reagiert.“

Mitbestimmung: Neuer Entwurf soll Durchbruch bringen

Politik ist das Bohren dicker Bretter. Das gilt offenbar auch für die Reform des LPVG: Im Wahlkampf hatten SPD und Bündnis 90/Grüne immer wieder versprochen, dass sie im Falle eines Wahlsiegs die von Schwarz/Gelb geschleifte Mitbestimmung im öffentlichen Dienst unverzüglich wieder herstellen werden. Das Ziel: Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften müssten auch im öffentlichen Dienst wieder auf Augenhöhe mit ihrem Arbeitgeber verhandeln können. Zudem sollten neue Tatbestände, die durch den Einzug neuer Arbeitsformen und die Verbreitung moderner Kommunikationstechnik den Arbeitsalltag verändern, in Zukunft unter die Mitbestimmung fallen. Aber die Kabinettsvorlage zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG), die am 7. Dezember vergangenen Jahres vom Kabinett beraten worden ist, blieb weit hinter

diesem selbst gesteckten Ziel zurück. Wäre sie Wirklichkeit geworden, wären noch nicht einmal alle von Schwarz/Gelb durchgesetzten Verschlechterungen der Mitbestimmung rückgängig gemacht worden.

Gemeinsam haben GdP, GEW und ver.di deshalb eine Personalrätekonferenz, zu der Mitte Dezember die SPD-Landtagsfraktion eingeladen hatte, genutzt, um den Regierungsentwurf massiv zu kritisieren. Vom Wahlversprechen von Rot/Grün, NRW in der Mitbestimmung wieder zu einem Vorbild für andere Bundesländer zu machen, sei der Entwurf Meilen weit entfernt, sagte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter.

Inzwischen ist die Kritik der Gewerkschaften von der Landesregierung aufgegriffen worden. In Gesprächen mit dem DGB hat das federführende Innenministerium zugesagt, die detaillierte Kritik an

der Kabinettsvorlage aufzugreifen und einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Reformvorschlägen Rechnung trägt, die die DGB-Gewerkschaften bereits Ende 2009 vorgelegt haben.

Der neue Gesetzentwurf soll am 20. Januar – unmittelbar nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe – vom Landeskabinett beschlossen werden. Erst dann wird sich zeigen, ob die rot/grüne Landesregierung ihr Versprechen, in NRW ein fortschrittliches Mitbestimmungsrecht durchzusetzen, einlösen wird. GdP-Landesvorsitzender Frank Richter ist dennoch sicher, dass die Landesregierung ihren Ankündigungen jetzt auch Taten folgen lässt. „Sie weiß, dass für uns die LPVG-Reform die Nagelprobe ist, ob es in NRW tatsächlich zu einen Politikwechsel gekommen ist, oder ob wir nur eine neue Regierung bekommen haben.“



Perspektivlosigkeit des höheren Diensts beenden!

Auch 2011 wird es bei der Polizei in NRW erneut 4500 Beförderungen geben, vor allem aus der Nachbesetzung von altersbedingt frei werdenden Funktionsstellen und durch die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn. Am höheren Dienst geht diese Entwicklung jedoch fast spurlos vorbei.

Betrachtet man den Stellenplan des höheren Polizeidienstes in NRW, dann befinden sich von den insgesamt 713 Planstellen 130 Stellen im Bereich A 13, 264 Stellen im Bereich A 14 und die übrigen 215 Stellen im Bereich A 15. Die Folge: Gerade die Leistungsträger des höheren Dienstes sind zum Teil erheblich demotiviert, weil sie trotz guter Leistung kaum Aufstiegsperspektiven haben. Hinzu kommt, dass eine Vielzahl der betroffenen Kolleginnen und Kollegen erkennen, dass sie bei einer unveränderten Stellenplansituation mit A 14 in Pension gehen müssen. Aktuell liegt zum Beispiel

die Wartezeit für eine Beförderung von A 13 nach A 14 bei acht bis zehn Jahren. So lange Wartezeiten gibt es in keinem anderen Bundesland.

Dies ist aus Sicht der GdP ein unhaltbarer Zustand, da die betroffenen Kolleginnen und Kollegen erhebliche Mühen und Entbehrungen auf sich genommen haben, um sich für den höheren Dienst zu qualifizieren. Die GdP fordert deshalb, dass die Situation des höheren Dienstes umgehend verbessert wird. „Es kann nicht sein, dass der höhere Dienst in NRW die schlechtesten Perspektiven in ganz Deutschland hat“, warnt Landes-

vorsitzender Frank Richter. Ende vergangenen Jahres hat die GdP deshalb Innenminister Ralf Jäger (SPD) noch einmal schriftlich auf den Handlungsbedarf beim höheren Dienst hingewiesen. Als Sofortmaßnahme fordert die GdP, dass in den Haushalt 2011 25 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten nach A 14 sowie weitere 25 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten nach A 15 eingebracht werden. Langfristig sind sogar 50 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten nach A 15 erforderlich. Frank Richter: „Wenn der Innenminister zu seiner im November auf der GdP-Führungskräfte tagung gemachten Aussage steht, lassen sich gemeinsam mit der GdP konstruktive Schritte zur Aufhebung des Beförderungsstaus im höheren Dienst finden. Aber dazu muss der Innenminister seinen Worten Taten folgen lassen.“

Beurteilungsrunde A 15 in Teilen rechtswidrig

Das Obergerverwaltungsgericht (OVG) des Landes NRW hat mit dem Beschluss vom 6. Dezember 2010 festgestellt, dass die letzte Beurteilungsrunde im Bereich A 15 nicht richtlinienkonform gewesen ist (6 A 596/10).

Der Hintergrund der Entscheidung: Ein Kollege hatte gegen seine dienstliche Regelbeurteilung geklagt. Vom Erstbeurteiler, dem Landrat seiner Behörde, hatte er in allen Haupt- und Submerkmalen sowie im Gesamtergebnis 5 Punkte erhalten. Der Erstbeurteiler hatte zudem die Bewertung mit 5 Punkten ausführlich begründet. Diese separate schriftliche Begründung war auf Bitten des Endbeurteilers jedem 4- und 5-Punkte-Beurteilungsvorschlag beizufügen, der ein besseres Ergebnis aufwies, als das die letzten Regelbeurteilungen.

Nach Vorliegen der Erstbeurteilung setzte in dem konkreten Fall das Innenministerium als Endbeurteiler die Beurteilung des Kollegen in allen Hauptmerkmalen und im Gesamtergebnis auf 4 Punkte herab. In der Begründung nahm das IM auf einen „einzelallübergreifenden Quervergleich innerhalb der von einer hohen Leistungsdichte geprägten Vergleichsgruppe“ Bezug. Der betroffene Kollege legte gegen seine Herabstufung Klage ein. Das Verwaltungsgericht Arnsberg gab in erster Instanz der Klage statt und hob die Beurteilung des Kolle-

gen auf. Diese Entscheidung ist inzwischen rechtskräftig, weil das Obergerverwaltungsgericht am 6. Dezember einen Antrag des Landes auf Zulassung der Berufung abgelehnt hat.

In seiner Begründung hat sich das OVG in erster Linie die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes zu eigen gemacht, wonach die Beurteilung des Kollegen deswegen rechtswidrig ist, weil sie gegen Art. 3 Abs. 1 GG in Verbindung mit Nr. 9.2 Abs. 1 Satz 3 der Beurteilungsrichtlinien im Bereich der Polizei des Landes NRW verstößt. Nach dieser Regelung sind zur Beratung im Rahmen der Schlusszeichnung der Beurteilung personen- und sachkundige Bedienstete heranzuziehen. An der Beurteilerbesprechung nahmen im konkreten Fall allerdings neben dem Endbeurteiler nur hochrangige Beamte teil, die im Innenministerium tätig waren. Diese, so das Gericht, hätten aber keine verlässlichen Aussagen gerade zum Sozialverhalten und zur Mitarbeiterführung des klagenden Kollegen treffen und dem Endbeurteiler das für die Notenherabsetzung erforderliche Wissen vermitteln können.

Das Land hatte zudem erklärt, es sei regelmäßig sinnvoll, den Teilnehmerkreis der Beurteilerbesprechung nicht zu weit auszudehnen, schließlich sei eine Hinzuziehung aller Erstbeurteiler nicht handhabbar. Auch diese Bedenken hat das OVG nicht gelten lassen: Die Anwesenheit aller Erstbeurteiler sei gar nicht zwingend erforderlich. Es genüge, wenn sich die teilnehmenden Bediensteten der Beurteilerbesprechung in anderer Weise kundig machen. Die separate schriftliche Begründung des Erstbeurteilers sei hingegen nicht geeignet, eine mangelnde Personen- und Sachkunde der an der Endbeurteilerbesprechung teilnehmenden Bediensteten auszugleichen.

Das OVG hat in seinen Entscheidungsgründen sehr deutliche Worte zum Vortrag des Innenministeriums gefunden. „Dem mehrseitigen Vortrag (...) lässt sich an keiner Stelle eine auch nur annähernd konkretisierende, einer Klärung im Berufungsverfahren zugängliche Rechtsfrage entnehmen. Sie erschöpft sich im Wesentlichen in der Darstellung von Bedenken gegen verschiedene Annahmen der erstinstanzlichen Entscheidung“, erklärten die Richter. Die zurückliegende Beurteilungsrunde im höheren Dienst (A 15/A 16) war daher nicht richt-

→ Seite 4



POLITIK IN NRW

Fortsetzung von Seite 3

linienkonform und somit in Teilen rechtswidrig. Aus dem Beschluss des OVG ergeben sich folgende Grundsätze für alle künftigen Beurteilungen:

1. Die Herabstufung einer Beurteilung erfordert für die Endbeurteilerkonferenz hinreichende Kenntnisse des individuellen Leistungsbildes des jeweiligen Beamten. Ist dies nicht der Fall, ist die Beurteilung rechtswidrig.
2. Eine mangelnde Personen- und Sachkunde der an der Endbeurteilerbesprechung teilnehmenden Bediensteten kann nicht dadurch ausgeglichen werden, dass der Erstbeurteiler vor der Endbeurteilerbesprechung die Möglichkeit erhält, dem Endbeurteiler seine Einschätzung des jeweiligen Beamten mündlich darzulegen.
3. Eine leistungsgerecht abgestufte und untereinander vergleichbare Beurteilung kann gerade in Fällen der Herabstufung nicht ohne eine hinreichende Kenntnis des individuellen Leistungsbildes verwirklicht werden.

Anzeige

StolComfort

**365 TAGE
3 SCHICHTEN
1 STUHL**

24h ZERTIFIZIERT

- + 24h-Drehstühle – speziell für Leitstellen oder Produktionswarten
- + Stabilität für bis zu 7-mal so hohe Belastungen wie herkömmliche Drehstühle
- + Sitzkomfort verhindert Verspannungen und Rückenbeschwerden

Tel 05261 / 288 97 0
Fax 05261 / 288 97 29
info@stolcomfort.com
www.stolcomfort.com

14 TAGE GRATIS TESTEN

Gratis anfordern: Broschüre „Gesundes Sitzen“

Digitalfunk: 2011 startet Probebetrieb in Düsseldorf

Es ist schon fast eine unendliche Geschichte, die Einführung des Digitalfunks bei der Polizei. NRW war früh mit dabei und war lange Zeit weiter als die meisten anderen Bundesländer. Und trotzdem hat sich die Einführung des Digitalfunks auch in NRW immer wieder um Jahre verzögert. 2011 soll damit endgültig Schluss sein: In der zweiten Jahreshälfte startet im südlichen Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf der Probebetrieb. Bis 2014 soll auch in den anderen Gebieten erst der Probe-, dann der Echtbetrieb folgen.

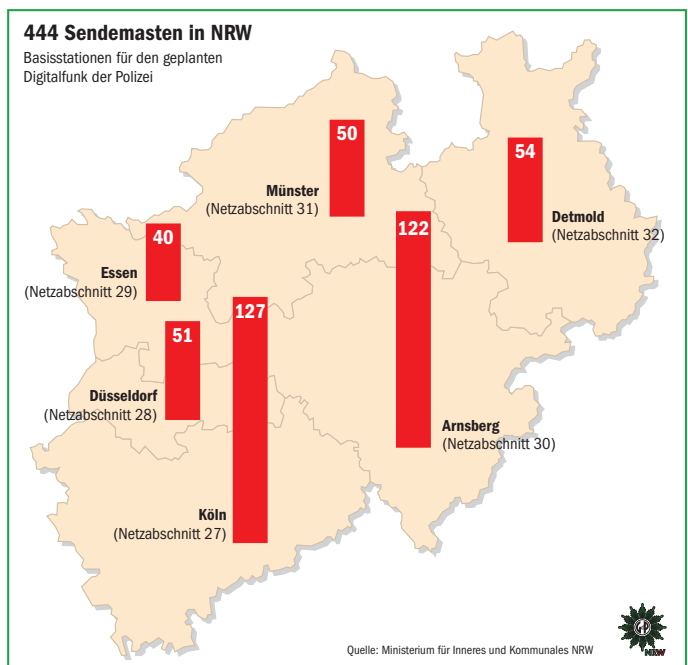
Hürden bei der Umsetzung des Zeitplans kann es nach Informationen aus dem Innenministerium nur noch an zwei Stellen geben: bei der Errichtung der für NRW geplanten 444 Basisstationen und bei der Integration der sogenannten Basisstationsringe, zu denen jeweils fünf bis sieben Basisstationen zusammenschlossen werden. Beim Aufbau der Basisstationen gilt das vor allem an Standorten, wo für das Digitalfunknetz eigene Sendemasten errichtet werden müssen. Anwohner könnten sich durch die zu erwartende Strahlenbelastung gestört fühlen und versuchen, rechtlich gegen die Sendemasten vorzugehen.

In der Vergangenheit war das in Heimerzheim und in Münster der Fall. In Heimerzheim wurde ein Kompromiss gefunden: Der bereits errichtete Sendemast wird um 600 Meter versetzt – unter Kostenbeteiligung der Bürgerinitiative. Und in Münster hat das Innenministerium einen Dialogprozess mit der Stadt eingeleitet. Dort sehen Bürger die Sichtachse auf den Aasee gestört, weil das Land auf dem Gelände des LAFP einen 50 Meter hohen Sendemast errichten will. Mit weiteren Problemfällen rechnet das Land derzeit aber

zumal bereits im Herbst vergangenen Jahres 371 der 444 notwendigen Basisstationen gesichert waren.

Der Engpass bei den Basisringen geht darauf zurück, dass die beteiligten Firmen aus Kapazitätsgründen pro Monat nur 100 Basisstationen untereinander verbinden können. Bundesweit sind aber 4500 Stationen geplant. Für dieses Problem suchen die Techniker derzeit noch nach einer Lösung.

Die Chancen, dass bis Ende 2014 der Digitalfunk in ganz NRW tatsächlich in Betrieb gehen kann, stehen deshalb nicht schlecht. Auf einen offiziellen Termin will sich das Innenministerium dennoch nicht festlegen. Zu oft waren in der Vergangenheit lauthals verkündete Termine wie Luftblasen zerplatzt.



Um auch in dünner besiedelten Gebieten einen lückenlosen Empfang des Digitalfunks sicherzustellen, sollen in den topografisch schwierigen Regierungsbezirken Köln und Arnsberg mehr Sendemasten errichtet werden.



Hotline-Seminar

Am 4. Februar treffen sich die Vertreter der Gewerkschaften und der Bundesländer zu ihrer ersten Verhandlungsrunde über den Tarifvertrag der Länder (TV-L). Nur wenige Tage später, vom 7.-9. Februar, gehen die Teilnehmer des Hotline-Seminars der GdP der Frage nach, welche Handlungsperspektiven die Gewerkschaften in der aktuellen Tarifauseinandersetzung haben und wie sie ihren Forderungen nach einer fairen Tarifierhöhung Nachdruck verleihen können.

Zielgruppen des Hotline-Seminars sind vor allem Kreisgruppenvorstände und Personalräte sowie Beschäftigte aus dem Tarifbereich. Als Referentinnen konnten u. a. Dini Körner und Brigitte Herrschaft gewonnen werden, die GdP-Tarifexpertinnen auf Bundes- und Landesebene. Auch Vertreter der anderen, an den Verhandlungen beteiligten ÖD-Gewerkschaften des DGB, ver.di und GEW, sowie Tarifexperten des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie (IMK) werden an dem Seminar teilnehmen.

Neben Informationen zum aktuellen Stand der Tarifverhandlungen geht es in dem Hotline-Seminar auch um die Stimmung unter den Tarifbeschäftigten selbst: Welche Mobilisierungsmöglichkeiten sehen die Beteiligten? Wie kann die Solidarität von Tarifbeschäftigten und Beamten gefördert werden? Und welche Arbeitskampfmaßnahmen sind notwendig und realistisch?

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

Pyrotechnik

Bei Demonstrationen und Fußballspielen kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen, weil einzelne Demonstrationsteilnehmer oder Fußballfans pyrotechnische Gegenstände mit sich führen – von Böllern bis zu den Bengalos. Was erlaubt ist und was nicht, zeigt auf einen Blick der neue Flyer „Tatbestände im Zusammenhang mit Pyrotechnik“. Der Flyer listet im Detail auf, welche Voraussetzungen zum Erwerb, Führen und Verwenden der verschiedenen pyrotechnischen Gegenstände vom Gesetzgeber vorgeschrieben sind und wie Verstöße dagegen geahndet werden.

Den Flyer gibt es vor Ort bei allen Kreisgruppen der GdP und über das Service-Büro: Tel.: 02 11/2 91 01 10.

Wir sind die GdP



Welche Rolle haben deutsche Polizisten während der Naziherrschaft gespielt? Nicht nur als Teil des Unterdrückungssystems im eigenen Land, sondern auch als Besatzungsmacht in anderen Ländern und bei der systematischen Ermordung der Juden in ganz Europa? Bereits seit Ende der neunziger Jahre bewegt die Düsseldorfer Polizei diese Frage. Der Fund von fast 5000 Personalkarten und -akten Düsseldorfer Polizisten gab damals den Anstoß: erst für ein mehrjähriges Forschungsprojekt, dann für eine Dauerausstellung über die Rolle der Polizei im Nationalsozialismus. „Mit unserem Projekt haben wir Neuland betreten, weil die Beteiligung der Polizei an den Verbrechen des Nationalsozialismus lange Zeit ein Tabuthema war“, sagt Polizeihauptkommissar Klaus Dönecke, gemeinsam mit dem damaligen Düsseldorfer Polizeipräsidenten Initiator des Düsseldorfer Geschichtsprojekts und heute Vorsitzender des Vereins „Geschichte am Jürgensplatz e. V.“. Benannt nach dem Kommandanten der Düsseldorfer Schutzpolizei, der in den letzten Kriegstagen dafür gesorgt hat, dass die Stadt kampfflos den Amerikanern übergeben worden ist, und dafür selber mit seinem Leben zahlen musste.

Dass der Düsseldorfer Geschichtsverein inzwischen sogar international bekannt ist, hängt nicht nur damit zusammen, dass die Düsseldorfer sich sehr früh mit der Rolle der Polizei als Teil des nationalsozialistischen Unterdrückungssystems auseinandersetzt haben, sondern auch mit der Beharrlichkeit von Klaus Dönecke. 2009 legte er gemeinsam mit dem damaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers in der jüdischen Gedenkstätte Yad Vaschem einen Kranz nieder. Als erster deutscher Polizeibeamter. Im Dezember vergangenen Jahres erhielt Dönecke, dessen Arbeit von der GdP unterstützt wird, von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft den Bundesverdienstorden überreicht.

GdP aktiv

7. 2., GdP-Hotline-Seminar: „Die aktuellen Tarifauseinandersetzungen/TdL – Analysen und Handlungsperspektiven für die GdP“, Bildungsstätte Grefrath/Niederrhein

17. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Duisburg, 14.00 Uhr, Café Museum, Friedrich-Wilhelm-Str. 64, 47051 Duisburg

21. 2., Ausbildungs-Symposium des GdP-Landesbezirks, 10.00 bis 18.00 Uhr, DGB-Tagungszentrum, Am Homberg 44-50,

45529 Hattingen. Mehr Infos: jochen.littau@gdp-nrw.de

23. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe LKA NRW, 14.00 Uhr, Raum Westfalen (K00 1050), Völklinger Straße 49, 40221 Düsseldorf

24. 2., Skatturnier der Kreisgruppe Heinsberg, 15.00 Uhr, Kantine der Kreisverwaltung, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg



Dialog soll auf Landebene vertieft werden

Auf dem Fußballforum des GdP-Bundesvorstands Mitte Januar in Frankfurt/M. hat GdP-Landesvorsitzender Frank Richter angekündigt, den Dialog mit den Bundesliga-Vereinen und der Fan-Szene noch in diesem Jahr mit einer eigenen Veranstaltung auf Landesebene zu vertiefen. „In NRW gibt es mehr als 30 Vereine, deren Spiele ständig von einem größeren Aufgebot von Polizeibeamten begleitet werden müssen, damit es nicht gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Fangruppen kommt“, sagte Richter. „Deshalb ist es wichtig, dass wir das Gespräch mit allen relevanten Akteuren fortführen, auch mit der Fan-Szene.“ Bereits 2009 hatte der Landesbezirk zu einem landesweiten Fußball-Forum eingeladen.

(Mehr Infos zum Forum von GdP, DFB und DFL im Bundesteil dieser Ausgabe)



DFB-Präsident Theo Zwanziger mit NRW-Teilnehmern des Forums.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

1. 2. Helmut Machost, Krefeld
5. 2. Helga Kockmann, Gummersbach
Theresia Quante, Paderborn
Erna Vieth, Mülheim
7. 2. Gertrud Classen,
Mönchengladbach
8. 2. Karl Herfurt, Mettmann
Elisabeth Nagel, Detmold
9. 2. Leo Laschet, Aachen
10. 2. Lieselotte Müller, Dortmund
14. 2. Christa Schumann,
Bad Oeynhausen
15. 2. Maria Bergmann, Mettmann
20. 2. Silvia Koebrügge, Billerbeck
21. 2. Paul Röhr, Grevenbroich
23. 2. Wilhelm Althoff, Lippstadt
24. 2. Elisabeth Meister, Herten
26. 2. Helga Geicht,
Colorado-Springs/USA

91. Geburtstag

5. 2. Wilhelmine Hänsdieke,
Düsseldorf
9. 2. Hans König, Dortmund
12. 2. Ruth Tönnies, Troisdorf
14. 2. Wilhelm Bongartz,
Mönchengladbach
17. 2. Josef Tomczak, Detmold
21. 2. Wilhelm Roeben,
Dortmund
27. 2. Gertrud Birkner, Bonn

92. Geburtstag

12. 2. Anneliese Dohmen, Duisburg
Gertrud Scheyna, Duisburg
17. 2. Ilse Wünsch, Oberhausen
20. 2. Elisabeth Renzing, Oberhausen
25. 2. Helene Werner, Issum
26. 2. Hildegard Quarz, Bremen
28. 2. Luise Klanke, Dortmund

93. Geburtstag

13. 2. Johanna Reinert, Bielefeld
27. 2. Margarete Rode, Solingen

94. Geburtstag

6. 2. Margarete Meurer, Leverkusen
7. 2. Josef Krawczik, Rosendahl

95. Geburtstag

16. 2. Ella Anni Münster, Krefeld
26. 2. Elli Engels, Wuppertal

99. Geburtstag

19. 2. Erna Eckert, Burgstetten
25. 2. Egon Zwanzig, Reichertshausen

100. Geburtstag

14. 2. Johann Naumann, Wuppertal
19. 2. Maria Adelman, Leverkusen

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP
wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die März-Ausgabe
ist der 10. Februar.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - Februar 2011



Bundesseniorenreise 2011

14 Tage Menorca / Spanien
ab 29.09.11



Wir haben noch freie Plätze!

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab/bis Deutschland nach Mahon
- Rail & Fly Ticket
- Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
- 14 Übernachtungen im 4*- Hotel Barceló Pueblo Menorca
- Frühstück, Mittag- und Abendessen in Buffetform
- Kaffee/Tee und Gebäck (15 - 18 Uhr)
- Snacks
- alle alkoholischen und alkoholfreien Getränke & Eis (10-23 Uhr)
- GdP-Vorträge
- GdP- Reisebegleitung
- Deutschsprachige Reiseleitung

Reisepreis pro Person

ab € 999,-

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf
Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-service-nw.de • pinguin@gdp-service-nw.de



GdP INTERN



Termine 2011

- Freizeit-Treffs, Familientag, Events
- Persönliche Weiterbildung
- FH-Klausuren-Checks, PAC-Vorbereitung
- JUNGE GRUPPE Aktiv
- Jugendseminare für Beruf und Gesellschaft

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Abteilung Werbung, Jugend
und Mitgliederbetreuung

Immer In Aktion: Termine 2011 – unter diesem Motto steht der Mitte Januar erschienene mehrseitige Flyer der Abteilung Werbung, Jugend, Mitgliederbetreuung des Landesbezirks, auf dem die wichtigsten Events, Bildungs- und Freizeitangebote 2011 auf einen Blick präsentiert werden. Gedacht ist der Flyer für die Schwarzen Bretter der GdP-Kreisgruppen vor Ort. Wer selbst nachlesen will, was die GdP 2011 für ihre Mitglieder an Extras bietet, findet den Flyer auch auf der Homepage des Landesbezirks zum Download:

www.gdp-nrw.de
(Pfad: Infothek/Termine/Events)
Detaillierte Infos zu allen Aktionen hat das Service-Büro. Dort können auch die verbilligten Eintrittskarten für die meisten Veranstaltungen bestellt werden:
Tel. 02 11/2 91 01 10

Werbeaktion 2011

Glücksnummern des Monats

- 45 17056
Heinz Ridder, Recklinghausen
- 45 18099
Tobias Kaiser, Aachen
- 45 18581
Michael Hirten, Bonn
- 45 19219
Moritz-Christian Gehring, Bielefeld

Die Gewinner erhalten eine Edelstahl-Isolierflasche.

Senioren aktuell

Kreisgruppe BZ Brühl
10. März, Seniorentreffen, Treffpunkt: 18.00 Uhr, Restaurant Birkhof, Am Birkhof 1, 50321 Brühl
Ab April: jeden 1. Donnerstag im Monat Seniorentreffen, Treffpunkt: 18.00 Uhr, Hofanlage Vorgebirgsblick, Händelstr. 45, 53332 Bornheim-Merten. Ausnahmen: Juni (9. 6.) und Dezember (Jahresabschlussstreffen: 15. 12.)

Kreisgruppe Coesfeld
23. Februar, Seniorentreffen, Ret-

tungssanitärer Stefan Völker referiert zum Thema „Erste Hilfe von Senioren für Senioren und für Enkelkinder“, Treffpunkt: 14.30 Uhr, St.-Barbara-Haus, Kapellenweg 75, 48249 Dülmen

Kreisgruppe Duisburg
16. März, Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen der Senioren, Treffpunkt: 15.00 Uhr, PSV-Heim, Futterstraße, Duisburg-Duisern

Kreisgruppe Hamm
Ab Februar: jeden 3. Dienstag Senio-

rentreffen, Treffpunkt: 16.00 Uhr, Bistro/Restaurant Westend, Weststr. 6, 59065 Hamm

Kreisgruppe Köln
17. Februar, Monika Zernitz-Pahl, Fachreferentin einer privaten Pflegekassse, spricht über „Beratung und Hilfe rund um das Thema Pflege“, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Köln

Kreisgruppe Oberhausen
Ab Februar: Jeden 3. Montag im Monat, Treffpunkt: 16.30 Uhr, Gaststätte Reimann, Rothebuschstr. 122, 46119 Oberhausen, Ansprechpartner: Karl Lück, Tel. 02 08/89 41 65

Kreisgruppe Soest
21. Februar, Seniorenstammtisch, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Stadtparkcafé, Am Stadtpark 1, 59494 Soest

Kreisgruppe Unna
23. Februar, Klön-Nachmittag, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Café-Bistro im Park, Luisenstr. 22, 59425 Unna

NACHRUF

Klaus-Dieter Bartzik	29. 7. 1939	Köln	Hans-Joachim Litges	10. 12. 1945	Düsseldorf
Hermann Benholz	18. 8. 1922	Dortmund	Herbert Mäurer	13. 12. 1932	Heinsberg
Heinrich Brauwerts	30. 9. 1919	Kleve	Karl Heinz Münch	10. 2. 1925	Duisburg
Friedhelm Dalboth	25. 8. 1952	Euskirchen	Elli Ostermann	12. 2. 1918	Dortmund
Johann Dewitt	20. 10. 1919	Düren	Joachim Pomplun	3. 7. 1926	Hagen
Bernhard Evers	26. 1. 1927	Essen/Mülheim	Gerd Raab	8. 7. 1936	Mönchengladbach
Wilhelmine Franke	11. 1. 1919	Hamm	Hilde Rehkopp	6. 5. 1916	Hagen
Eva Maria Gallenkamp	4. 5. 1920	Soest	Gustav Scheibel	6. 6. 1925	Dortmund
Katharina Glander	5. 11. 1910	Recklinghausen	Helmuth Scherer	30. 12. 1919	Köln
Anna Hogen	9. 7. 1937	Aachen	Rudi Schlüter	23. 12. 1922	PAI Bochum
Hans Höhne	4. 12. 1919	Krefeld	Elfriede Schneider	20. 12. 1914	Oberbergischer Kreis
Katharine Klosterhalphen	23. 11. 1914	Köln	Elisabeth Schönenbach	17. 12. 1908	Duisburg
Wieard Kramer	12. 3. 1946	Krefeld	Friedel Stuckenbröcker	21. 7. 1955	Bielefeld
Siegfried Leyendecker	23. 2. 1941	Aachen	Elfriede Theumer	5. 10. 1916	PAI Bochum
Karlheinz Lingnau	20. 8. 1922	Gelsenkirchen	Gert Westphal	8. 1. 1924	BZ Brühl
Helmut Linsen	2. 9. 1930	Kleve	Geraldine Will	26. 9. 1927	Wuppertal

